

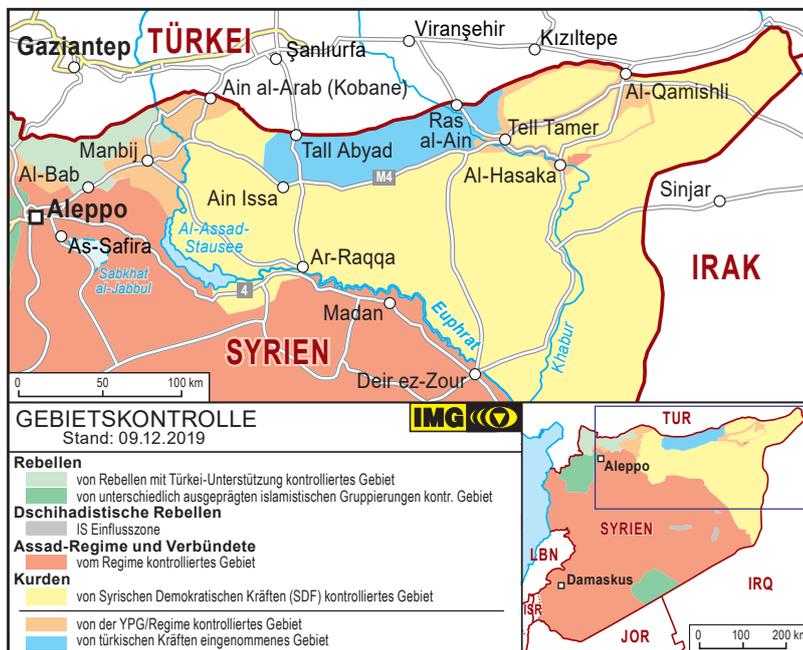


FACT SHEET SYRIEN

09. Oktober 2019 – 09. Dezember 2019 Nr. 75

Die Türkei startete am 9. Oktober gemeinsam mit syrischen Milizen eine Offensive gegen die YPG in Nordsyrien. Der zuvor verkündete Abzug der US-Kräfte machte eine türkische Invasion erst möglich. Die kurdischen Kämpfer waren innerhalb der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) die kampfkraftigsten Verbündeten Washingtons im Kampf gegen den IS. Eines der wichtigsten Ziele der Türkei ist die Verhinderung der territorialen Einheit der kurdischen Föderation von Rojava. Ankara möchte zudem im Grenzgebiet einen Großteil der 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge ansiedeln. Im Zuge der Militäroffensive eroberten die Türkei und Verbündete einen 120 Kilometer langen Grenzstreifen zwischen Tall

Abyad und Ras al-Ain. Die militärische Übermacht der Türkei zwang die Kurden Präsident al-Assad um Hilfe zu rufen. So konnte das Regime einerseits die Kontrolle über wichtige Städte im Norden Syriens wiedererlangen, andererseits bedeutete die Schwächung der kurdischen Autonomiebestrebungen in Syrien einen Erfolg für Damaskus und Ankara zugleich. Am 22. Oktober vereinbarten Erdoğan und Putin gemeinsame Patrouillen im Grenzgebiet, der YPG wurde Zeit für einen Truppenabzug eingeräumt. Al-Assad lehnt eine permanente türkische Präsenz in Syrien ab. Derzeit führt Moskau, welches die Legitimität der syrischen Regierung international festigen möchte, die ordnende Hand in Syrien.



KARTENBESCHREIBUNG

Im Vorfeld der Offensive forderte Erdoğan eine Pufferzone entlang der Südgrenze mit einer Länge von 444 km zwischen der irakischen Grenze und dem Euphrat. Nach der Besetzung eines Teils des Grenzgebietes durch die von den Kurden zu Hilfe gerufene syrische Armee kontrollieren die Türkei und ihre Verbündeten nun einen 120 km breiten Streifen zwischen Ras al-Ain und Tall Abyad. Gemäß des von Russland und der Türkei vereinbarten 10-Punkte-Plans führen die Staaten gemeinsame Patrouillen 10 km östlich und westlich dieser Zone durch. Damaskus hat nach Jahren wieder Kontrolle über strategisch wichtige Orte wie Manbij und Kobane erhalten.

Anm.: Die Grafik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

AUSBLICK

Die aktuelle Konfliktkonstellation bleibt aufrecht. Kleinere militärische Operationen werden keine grundsätzlichen Veränderungen bringen. Die einzelnen bewaffneten Akteure sind im neunten Kriegsjahr ermüdet, es wird keiner Seite gelingen, eine Entscheidung durch militärische Operationen herbeizuführen. Eine Friedenslösung für Syrien wird sich daher auch kurzfristig nicht auf dem Gefechtsfeld, sondern gegebenenfalls im Rahmen internationaler Initiativen herausbilden, wobei das türkische Engagement als tonangebend hervorsticht. Die Administration al-Assads konsolidiert sich weiter. Politische Initiativen mit der kurdischen Selbstverwaltung, gepaart mit Konferenzen zur zukünftigen Ausgestaltung einer neuen syrischen Verfassung, signalisieren scheinbare politische Bewegung. Das Einzementieren auf bekannte Positionen durch die Verhandlungsparteien wird jedoch handlungsbestimmend bleiben. Wirtschaftliche Initiativen werden punktuell ein Mindestmaß an sozioökonomischer Normalität bringen, eine merkbare Verbesserung der generellen Lebenssituation der syrischen Bevölkerung bleibt jedoch aus. Ein nachhaltiger Frieden für Syrien ist aktuell nicht zu erwarten.

Das periodisch erscheinende Fact Sheet bietet eine Analyse der wesentlichsten Entwicklungen im Syrienkonflikt und enthält zudem Kartenmaterial sowie einen Ausblick auf mögliche künftige Ereignisse.

AUFBEREITUNG: IFK MENA-Team (Walter POSCH, Stephan REINER, Sabrina KISS, Carmelo RODRIGUEZ, Benedikt ZANZINGER);

QUELLEN: MEDIENANALYSE; LAYOUT: REF III/Medien, IMG



INTERNATIONALES KONFLIKT- UND KRISENMANAGEMENT

10.10.: Im Zuge einer Sitzung des VN-Sicherheitsrates verfassten sechs EU-Staaten, darunter Deutschland und die ständigen Mitglieder Frankreich und das Vereinigte Königreich eine Erklärung, in welcher sie ein Ende der türkischen Offensive forderten. Die Türkei drohte angesichts europäischer Sanktionen mit einem Ende des Abkommens zur Abwehr illegaler Migration im Mittelmeer.

14.10.: Die kurdische Selbstverwaltung hat die syrische Regierung um Beistand gegen die türkische Offensive gebeten. Syrische Soldaten wurden daraufhin bei Tell Tamer, 30 Kilometer von der Grenzstadt Ras al-Ain stationiert. Die Vereinbarung beruht auf temporärer Waffenhilfe im syrisch-türkischen Grenzgebiet. Fragen der kurdischen Autonomie, die Damaskus ablehnt, wurden in dem Abkommen nicht behandelt.

17.10.: Der türkische Präsident Erdoğan verständigte sich mit US-Vizepräsident Pence auf eine zeitlich begrenzte Waffenruhe in Nordsyrien. Die fünftägige Feuerpause sollte dazu dienen, den Kämpfern der YPG Zeit für ihren Abzug zu geben. Aufgrund der Offensive verhängten die USA Sanktionen gegen türkische Minister, im Falle einer dauerhaften Waffenruhe sollen diese wieder aufgehoben werden.

21.10.: Deutschlands Verteidigungsministerin forderte eine international kontrollierte Sicherheitszone unter Einbeziehung Russlands und der Türkei im nordsyrischen Grenzgebiet. Damit soll der Wiederaufbau und die Rückkehr von Flüchtlingen ermöglicht und der Kampf gegen den IS fortgesetzt werden. Der NATO-Generalsekretär äußerte sich positiv über den deutschen Vorschlag. Die USA betonten, keine Truppen beisteuern zu wollen. Nach anfänglicher Gesprächsbereitschaft lehnte die Türkei den Vorschlag ab.

23.10.: Die Türkei und Russland einigten sich in Sotschi auf einen 10-Punkte-Plan, wenige Stunden bevor die von den USA mitverhandelte Waffenruhe auslief. Russland soll in Abstimmung mit dem syrischen Regime den Abzug der YPG-Kämpfer durchsetzen. Die Türkei und Russland führten Patrouillen am Rande des von der Türkei besetzten Gebietes durch, russische Militärpolizei und syrische Grenztruppen kontrollieren gemeinsam Teile des übrigen Grenzgebietes.

30.10.: Das syrische Verfassungskomitee tagte das erste Mal seit Ausbruch des Bürgerkrieges. Die 150 Repräsentanten – je ein Drittel aus Regierung, Opposition und von den VN ausgewählten Vertretern – behandeln unter Schirmherrschaft des Sondergesandten Pederson in Genf die Verfassungsreform, die als erster Schritt einer politischen Lösung des Konflikts gesehen wird. Der Verfassungsprozess ist Teil der internationalen Bemühungen, den Syrienkonflikt zu beenden und geht auf eine VN-Resolution aus dem Jahr 2015 zurück.

26.11.: Die deutsche Bundeskanzlerin betonte bei einem Treffen mit VN-Generalsekretär Guterres die Bereitschaft zur Lösung des syrischen Bürgerkrieges und möchte positive Schritte im Zuge des Verfassungskonvents setzen.

29.11.: In Genf tagten die Delegierten des syrischen Verfassungskomitees zum zweiten Mal, wobei jedoch vorläufig kein Konsens über weitere Schritte erzielt werden konnte.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

09.10.: Die türkische Operation „Friedensquelle“ begann mit Luftangriffen auf die Grenzstädte Tall Abyad, Ras al-Ain und Al-Qamishli sowie die zwischen der Grenze und Ar-Raqqa gelegene Stadt Ain Issa. Am Tag darauf startete die Bodenoffensive, die primär nicht von der türkischen Armee, sondern von islamistischen Milizen, u.a. der Syrischen Nationalarmee SNA mit türkischer Unterstützung durchgeführt wurde. Die SDF beschossen als Reaktion Städte auf der türkischen Seite der Grenze.

11.10.: Als Drahtzieher eines Bombenanschlags in Al-Qamishli wurden IS-Kämpfer vermutet, die aufgrund der Kämpfe aus ihrer Haft fliehen konnten. US-Kräfte nahe Kobane meldeten, unter türkischen Beschuss geraten zu sein – die Türkei behauptete, SDF Stellungen beschossen zu haben. Es gibt schwere Kämpfe zwischen SDF und SNA um Ras al-Ain und Tall Abyad sowie umliegende Dörfer und Verbindungsstraßen entlang der Grenze.

13.10.: Über 700 mutmaßlichen IS-Unterstützern und Kämpfern gelang im Chaos der türkischen Militäroffensive die Flucht aus einem Lager bei Ain Issa.

14.10.: Die syrische Armee begann mit Zustimmung der Kurden nach Manbij und Kobane vorzurücken, russische Militärpolizei patrouilliert um syrische und türkische Truppen zu trennen. Die beiden Parteien standen sich auch bei Ain Issa und Tell Tamer gegenüber.

18.10.: Die unter US-Beteiligung zustande gekommene vorübergehende Waffenruhe begann. Die SDF räumten daraufhin bis Ende Oktober das türkisch besetzte Gebiet. Eine Woche später verlegten US-Truppen aus dem Irak zu den Ölfeldern in der Provinz Deir ez-Zour, um diese zu sichern.

27.10.: IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi wurde bei einer Operation von US-Spezialeinheiten in der Provinz Idlib getötet.

10.11.: In Ain Issa, Tall Abyad und Tell Tamer kam es im November wiederholt zu Gefechten zwischen türkisch gestützten Einheiten und den SDF. In Tall Abyad gab es mehrere Autobombenanschläge. In der Region Idlib intensivierten sich die Kampfhandlungen zwischen syrischen Regierungstruppen und Hayat Tahrir al-Sham (HTS).

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

11.10.: In Hasaka und Al-Qamishli fanden Proteste von zivilen und religiösen Aktivisten statt, die den Einmarsch der Türkei auf syrisches Gebiet als Akt der Aggression verurteilten.

22.10.: Bashar al-Assad besuchte die umkämpfte Region Idlib das erste Mal seit Ausbruch des Bürgerkrieges 2011, der Großteil des Gebietes wird vom Al-Kaida Ableger HTS kontrolliert.

28.10.: Syriens Ständiger Vertreter bei den VN Bashar al-Jaafari unterstrich, dass der von Israel besetzte Golan eine Priorität von Syrien bleibt und die territoriale Souveränität Syriens über dieses Gebiet wiederhergestellt werden muss.

05.11.: Die VN-Generalversammlung nahm den Entschließungsentwurf „The Syrian Golan“ mit 91 zu 9 Stimmen bei 65 Enthaltungen an. Das Dokument verlangt, dass Israel sich von den besetzten Golanhöhen zurückzieht.

13.11.: Das "Forum of Business and Economic Opportunities with Syria" veranstaltete ein Treffen in Teheran. Firmen des iranischen Privatsektors wurden Investitionsmöglichkeiten in Syrien vorgestellt, was dazu beitragen soll, die produktiven Sektoren wiederaufzubauen.

20.11.: Syrien verstärkt internationale Handelsbeziehungen sowie politische Beziehungen. So wurde eine Wirtschaftskooperation mit der Krim beschlossen, Beziehungen zu Oman untermauert und eine Kooperation mit der Kommunistischen Partei Chinas angestrebt. Des Weiteren fanden Treffen mit Nepal, Indien, Serbien, Kuba, dem Iran und Indonesien statt.

26.11.: In Den Haag fand die 24. Konferenz der Chemiewaffenkonvention statt. Der syrische Vertreter Bassam Sabbagh betonte, dass Syrien all seine Chemiewaffenbestände sowie Produktionsstätten zerstört hätte. Somit lehnt Syrien die Ergebnisse der Fact Finding Mission zur Verwendung von Kampfstoffen in Syrien ab.

03.12.: Nachdem im Libanon Demonstrationen ausbrachen, traten hunderte syrische Flüchtlinge die Rückreise nach Syrien an.

08.12.: In Damaskus tagte das syrisch-nordkoreanische Joint Economic Committee zum 11. Mal mit dem Ziel, wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln.



www.facebook.com/lvak.ifk



Videoblog „Feichtinger kompakt“
<http://bit.ly/2mvOhgD>